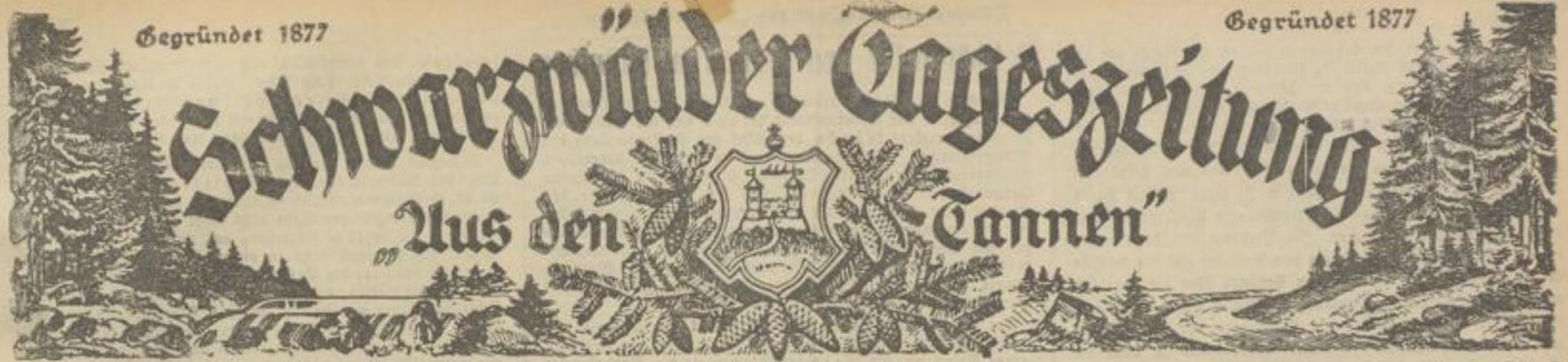


Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den "Tannen"



Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Preis: 1 Pf. 20. Einzelnummer kostet 10 Pf. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.80 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge Abh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Verlagsamt Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Altensteig, Mittwoch den 12. Oktober 1932 55. Jahrgang

Auswärtiger Ausschuss gegen Regierung

Eine unglaublich scharfe Entschlieung der Parteien

Berlin, 11. Okt. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Fried (NS.) zusammen, um über Kaufmann, Abklärung und Wählerbundstugung zu beraten. Von der Regierung war kein Vertreter erschienen. Auch die Deutschnationalen nahmen an der Sitzung nicht teil. Alle übrigen Fraktionen hatten Vertreter entsandt; auch die Sozialdemokraten hatten vor der Ausschussung beschließen an der Sitzung teilzunehmen. Für das Zentrum war nur der Abgeordnete Bell als Beobachter erschienen.

Zu Beginn der Sitzung gab der Vorsitzende Kenntnis vom dem Schreiben, in dem er den Reichsaussenminister zu der Sitzung eingeladen habe, sowie von der Antwort des Reichsaussenministers, in der dieser darauf hinwies, daß die Wählerbundstugung noch nicht beendet sei, daß er aber sonst nicht im Ausschuss erscheinen könne, solange nicht die bekannte Frage der Teilnahme der Reichsregierung an den Ausschüssen des Reichstages geregelt sei. In der anschließenden Geschäftsordnungsdebatte wurde von verschiedenen Fraktionen der Standpunkt vertreten, daß eine sachliche Aussprache über die Beratungspunkte ohne Anwesenheit der Reichsregierung nicht dem Sinn und Zweck des Auswärtigen Ausschusses entsprechen würde.

Die Kommunisten beantragten, den Auswärtigen Ausschuss in einen Untersuchungsausschuss umzuwandeln. In der Abstimmung stimmten nur die Kommunisten dafür, dagegen das Zentrum, die Bagerische Volkspartei und die Nationalsozialisten. Die Sozialdemokraten übten Stimmhaltung. Mit dem gleichen Stimmverhältnis unter Stimmhaltung der Sozialdemokraten wurde ein anderer kommunistischer Antrag abgelehnt, der die Öffentlichkeit herstellen wollte.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurde am Schluß der Beratung ein Antrag Dr. Fried (NS.), Dr. Bell (Z.) und Graf Quadt (BVP.) angenommen, in dem es u. a. heißt:

Das verfassungswidrige Verhalten der Reichsregierung wird besonders dadurch gekennzeichnet, daß sie sich einerseits mit harter Betonung beruft auf die Reichsverfassung, um daraus die uneingeschränkte Ausübung aller verfassungsmäßigen Rechte einer vollberechtigten Regierung für sich herzuleiten, daß sie andererseits aber ihren verfassungsmäßigen Pflichten gegenüber der Volksovertretung sich entzieht. Die Reichsregierung hat sich also durch ihre erneute grundlose Weigerung, vor dem Auswärtigen Ausschuss zu erscheinen, eines wiederholten Verfassungsverstoßes schuldig gemacht. Dem neuen Reichstag bleibt es vorbehalten, daraus die verfassungsmäßigen Forderungen zu ziehen. Die Weigerung der Reichsregierung, dem Auswärtigen Ausschuss Rede und Antwort zu geben, bedeutet aber auch eine schwere Schädigung der außenpolitischen Stellung des Reichs, da die Reichsregierung damit vor aller Welt beweist, daß sie nicht den Mut findet, für ihre von schweren Mißerfolgen in Kaufanne und Genf begleitete Außenpolitik einzustehen und eine Unterfützung im Volk und in der Volksovertretung zu suchen. Ihre außenpolitischen Aktionen entbehren deshalb von vornherein des nötigen Gewichts. Das Wohl der Nation verlangt gebieterisch die alsbaldige Beseitigung dieses verderblichen und verfassungswidrigen Zustandes.

Für diesen Antrag stimmten außer den Antragstellern auch die Sozialdemokraten, die dazu erklärten, es sei eine eigenartige Feier des Staatsbürger Tages, daß die Sozialdemokraten in der Lage verfeht würden, einem von den Nationalsozialisten gegen eine sogenannten nationale Regierung eingebrachten Antrag zuzustimmen. — Die Kommunisten erklärten, daß sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen werden.

Berliner Blätter zum Beschluß des Auswärtigen Ausschusses

Berlin, 12. Oktober. In einer Reihe von Morgenblättern wird zu der Entschlieung des Auswärtigen Ausschusses Stellung genommen, die der Regierung Verfassungsverstoß vorwirft und ihr das Recht abspricht, die deutsche Außenpolitik zu führen. Einige Zeitungen kündigen an, daß der Reichskanzler in seiner heutigen Rede in München sich mit dieser Entschlieung befassen wird.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ spricht von einer unqualifizierbaren Kampfenstschlieung, die der Reichsregierung Rache schwört.

Der „Lokalanzeiger“ hebt die politische Bedeutung dieses Beschlusses vor allem darin, daß Parteien, die auf die Wahrung der nationalen Rechte Deutschlands immer besonderen Wert legten, der Reichsregierung in dem Augenblick in den Rücken fielen, in dem sie in schwerstem Kampf um die deutsche Rüstungsfreiheit stehe.

Der „Tag“ spricht unter der Überschrift „Reichstagsausschuss schädigt Reichsinteressen“ von einem skandalösen Antrag, der nicht anders als ein Sabotageversuch bewertet werden könne. Es sei sehr notwendig, den hemmungslosen Agitatoren beizubringen, daß sie auch Pflichten gegenüber der Nation hätten, der sie sich nicht zu entziehen hätten.

Die „Börsenzeitung“ bezeichnet die Entschlieung als eine unerhörte Provokation und Deklamation einiger geltungsbedürftiger Parlamentarier.

Die „Deutsche Zeitung“ stellt fest, daß dieser Beschluß jede außenpolitische Rücksicht vermissen lasse.

Der Verfassungsstreit Preußen - Reich

Königsberg, 11. Okt. Aus den Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in der Klage Preußens ist noch hervorzuheben, daß Dr. Brecht seine Behauptung aufrecht erhielt, daß bei den Besprechungen zwischen von Papen und den Nationalsozialisten das Vorgehen gegen Preußen zum Gegenstand der Abmachungen gemacht worden sei.

Ministerialdirektor Badt bezeichnete als die wichtigste Tatsache der Verhandlung die Behauptung, daß Severing im Juni d. J. selbst die Einsetzung eines Reichskommissars verlangt haben solle. Er fügte aber einen Gegenbeweis dagegen bringen.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner: Ich muß erklären, daß ich meine Behauptung aufrecht erhalte. Vorgänge im Innern eines Ministeriums sind nicht so bedeutungsvoll, wie nach außen abgegebene Erklärungen. So hat Severing auch am 20. Juli erklärt, er werde nur der Gewalt weichen. Aber er hat nachher mit Vertretern der kommissarischen Regierung das Maß der Anwendung der Gewalt vereinbart. (Anruhe bei den preussischen Vertretern.)

Königsberg, 11. Okt. Auch in der Verhandlung am Dienstag sah sich Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke veranlaßt, die Verhandlungsparteien zu bitten, persönliche Momente aus der Debatte zu lassen. Ministerialdirektor Dr. Brecht gab bei Verhandlungsbeginn eine Erklärung ab, in der er betonte, die preussischen Minister (außer dem abberufenen Ministerpräsidenten Braun und Innenminister Severing) würden es im Interesse des Landes nicht abgelehnt haben, mit dem Reichskommissar jeder für sein Ressort ebenso zusammenzuarbeiten, wie es jetzt die Staatssekretäre tun, wenn auch unter Aufrechterhaltung ihrer Rechtsverwahrung. In diesem Sinne hätten sich mehrere der Minister bereits in der Frühe des 20. August geäußert. Namens des Ministerpräsidenten Braun erklärte Ministerialdirektor Brecht, daß die Behauptung, Ministerpräsident Braun habe sich dadurch befriedigt erklärt, daß sein Gehalt voll weitergezahlt würde, unwahr ist.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner meint gegenüber den Ausführungen Dr. Brechts über die Bereitschaft der Minister zur Mitarbeit mit dem Reichskommissar, daß diese Darlegungen keine völlige Klärung im Sinne der Bejahung der gestrigen Frage des Vorsitzenden bedeuten könnten; denn Herr Brecht habe nur von der Bereitwilligkeit der Mitarbeit der Minister für die einzelnen Ressorts gesprochen, was ungenügend wäre. Was die Gehaltszahlungen anlangt, so habe ich, betont Dr. Gottheiner, gestern erklärt, der preussische Ministerpräsident hat alsbald nach der Eröffnung, daß er von der Ausübung der Obliegenheiten seines Amtes entbunden sei, eine Feststellung nach der Richtung treffen lassen, wie es denn nun mit seinem Gehalt wäre. Daß diese Anfrage auf Veranlassung der Rechtsvertretung des Ministerpräsidenten erging, war mir nicht bekannt. Mir wurde mitgeteilt, daß der Ministerpräsident sich dem Büro des Staatsministeriums gegenüber sehr befriedigt darüber ausgesprochen habe, daß das Gehalt voll gezahlt würde.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke betonte, er sei überzeugt, daß es Ministerialdirektor Gottheiner ferngelegen habe, Andeutungen zu machen, als sei die Gehaltsfrage für den Ministerpräsidenten Braun das einzig wesentliche an der ganzen Sache, und daß auch er der Meinung sei, daß bei einer Persönlichkeitsfrage wie dem Ministerpräsidenten Braun eine derartige Unterstellung nicht am Platz wäre. (Ministerialdirektor Gottheiner nicht bejahend.)

Präsident Dr. Bumke bemerkte weiter zu den verschiedenen Zeugenaussagen, dem Staatsgerichtshof fehle, auch wenn er nicht so souverän sei, die prozessuale Berechtigung, Parteien, wie z. B. den Minister Severing, den Reichskanzler von Papen, als Zeugen zu vernehmen. Was die Beziehungen zwischen der Regierung von Papen und den Nationalsozialisten betreffe, lägen es kaum bestreitbar zu sein, daß Einigkeit zwischen der Regierung von Papen und den Nationalsozialisten darin bestand, daß mit der preussischen Regierung Schluß gemacht werden müsse. Er zweifle daran, ob eine Zeugenernehmung in diesem Punkte weiterführen würde. Dies würde nur dann der Fall sein, wenn die Behauptungen, über die die Zeugen vernommen werden sollen, in sehr präziser Form vorgetragen werden.

Professor Dr. Heller, der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, präziserte das Beweisthema für die Zeugenernehmung dahin, daß von vornherein die Regierung von Papen mit der NSDAP. Abmachungen über die Befreiung der preussischen Regierung getroffen habe. Mit der Lobung maßgebender Mitglieder des Herrenklubs solle bewiesen werden, daß von einer unabhängigen und unparteiischen Regierung, die nur die Bürgerkriegssituation beseitigen wollte, gar keine Rede sein könne, daß vielmehr sehr klare parteipolitische Abmachungen bestanden.

Ministerialdirektor Dr. Badt erklärte, daß die Befreiung der preussischen Regierung nur der Schlüssel eines Planes sei, der seit zehn Jahren in Kreisen des Reichswehrministeriums besprochen worden sei und der auch Lieblingsplan des Generals von Schleicher war, nämlich den Dualismus Reich-Preußen mit Hilfe des Artikels 48 zu beseitigen.

Der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Goerz, erklärte dazu u. a.: Ich habe bereits gestern gesagt, daß die Reichsregierung durch keinerlei Abmachungen oder Abkommen zu einem Einverständnis gegen Preußen sich verpflichtet hatte. Ich muß heute nochmals namens der Reichsregierung erklären, daß sie sich in freier und verantwortungsbewußter Entschlieung zu dem Entschlossen hat, was am 20. Juli geschehen ist. Die Entwicklung ging dahin und zwar eben deswegen, weil wir uns tatsächlich in einer Bürgerkriegslage und in einer Konfliktlage befanden haben. Der Entschluß der Reichsregierung wurde bekräftigt, als Minister Severing in den Tennishallen in Berlin ausrief: „Jagen wir die Reichsregierung davon!“ Insbesondere aber waren für die Entscheidung der Reichsregierung die unglaublichen Ereignisse in Altona am 17. Juli maßgebend. Ich muß mit aller Energie gegen die Unterstellung protestieren, als ob nicht die Erwägung der Schaffung von Ruhe und Ordnung für die Reichsregierung in entscheidendem Umfange maßgebend gewesen wäre.

Erklärung im Auftrag des Kanzlers

Im Auftrage der Reichsregierung gab Ministerialdirektor Dr. Gottheiner mit ausdrücklicher Zustimmung des Reichskanzlers folgende Erklärung ab:

„Eine Vereinbarung des Reichskanzlers mit Hitler über ein Vorgehen gegen Preußen ist nicht getroffen. Verhandlungen darüber haben zwischen ihnen nicht stattgefunden. Auch die Aufhebung des Uniformverbots, die Wiedergewährung der SA-Gruppen und die Wiedergewährung politischer Freiheiten waren nicht Gegenstand von Vereinbarungen zwischen dem Reichskanzler und Hitler, gehörten vielmehr von vornherein zum Programm der Reichsregierung, die von sich aus entschlossen war, aus Gründen der Gerechtigkeit Ausnahmebestimmungen gegen die Nationalsozialisten zu befeitigen.“

Nach einem Einwurf Dr. Brechts betonte der Reichsgerichtspräsident, es sei kein Zweifel, daß Besprechungen zwischen Nationalsozialisten und der neuen Reichsregierung nachstehenden Persönlichkeiten damals stattgefunden hätten, und daß sich daran gewisse Erwartungen der Nationalsozialisten geknüpft hätten.

Professor Heller wendet sich gegen das Dementi des Ministerialdirektors Gottheiner, wonach die Reichsregierung keine Verhandlungen mit den Nationalsozialisten über das Vorgehen gegen Preußen gepflogen habe. In dieser Form werde auch die Behauptung gar nicht aufgestellt. Nicht die Reichsregierung in corpore, wohl aber einzelne Reichsminister hätten entsprechende Verhandlungen mit Verabredungen geführt. Damit ist die Erörterung der tatsächlichen Vorgänge vor dem 20. und am 20. Juli beendet.

Präsident Bumke weist darauf hin, daß nunmehr geprüft werden soll,

was durch die Verordnung vom 20. Juli entstanden sei.

In seinem einleitenden Vortrag zu dem neuen Verhandlungsabschnitt erklärt Dr. Brecht u. a., aus verschiedenen Erklärungen der Vertreter der Reichsregierung zur Verordnung ergebe sich eindeutig, daß es der Reichsregierung auf eine endgültige Absehung und Beseitigung der Mitglieder des Kabinetts Braun ankommen sei. Erst einige Tage später, als sich ergeben habe, daß das Reich zu dieser Absehung gar nicht befügt sei, habe die Reichsregierung sich darauf beschränkt, von einer Suspendierung der Amtsausübung zu sprechen. Dr. Brecht schildert dann, daß der Reichskommissar sofort nach seiner Einsetzung 34 preussische Beamte zur Disposition gestellt und 10 Beamte zwangsweise beurlaubt habe. Besonders wendet er sich dagegen, daß noch vor kurzem der Reichskommissar die endgültige Ernennung zum Beispiel des Staatssekretärs im Staatsministerium vollzogen habe, der auch Reichsratsvertreter sei. Gerade die Frage der Vertretung des Landes im Reichsrat gehöre zu den kritischsten Dingen des jetzigen Streites vor dem Staatsgerichtshof. Dieses Vorgehen bedeute daher eine Vornahme der Entscheidung des Staatsgerichtshofes. Da unsere Sorge nicht behoben ist, so sagt Dr. Brecht, halten wir es für nötig, daß der Staatsgerichtshof durch einstweilige Verfügung bestimme, daß vorläufig weitere Ernennungen unterbleiben.

Auch aus der Verordnungspraxis der kommissarischen Regierung, insbesondere aus dem Erlass der Landesverordnung, zieht Dr. Brecht den Schluß, daß der Reichskommissar seine Befugnisse überschreite.

Ministerialdirektor Gottheiner erklärt u. a. über die Frage, was denn die kommissarische Regierung sei, folgendes: Durch die Verordnung vom 20. Juli 1932 sind gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung besonders geartete Erfahrgorgane für den preussischen Ministerpräsidenten und das preussische Staatsministerium vom Reich auf vorübergehende Dauer und unter Vorbehalt des Widerrufs zur Ausübung der Landesgewalt bestellt worden. Die Erfahrgorgane handeln im Namen des Landes.



Zu Beginn der Nachmittags-sitzung verliest Dr. Seeger die bereits bekanntgegebene Erklärung des Ministers Seegering gegenüber der Behauptung, daß er, Seering, beim Reichsinnenminister Freilich von Gagl selbst die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen erklärt habe.

Demgegenüber verliest Ministerialdirektor Dr. Gottheimer folgendes Telegramm, das Reichsinnenministers von Gagl ihm überhandt hat: „Etwa Mitte Juni d. J. hatte ich mit Herrn Minister Seering in dessen Amtszimmer eine Unterredung über schwebende politische Fragen. Im Verlaufe der Unterredung brachte Minister Seering das Gespräch auf die damals in der Öffentlichkeit umlaufenden Gerüchte über die angeblich von der Reichsregierung geplante Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen. Ueber den Umfang der Befugnisse eines solchen Reichskommissars ist dabei selbstverständlich nicht im einzelnen gesprochen worden. Es unterliegt aber nach meiner bestimmten Erinnerung keinem Zweifel, daß es sich bei dem Gespräch um die weitgehende Maßnahme der Einsetzung eines politischen Reichskommissars für Preußen handelte. Bei dem Gespräch erklärte Minister Seering, er habe sich an dem Gespräch über die angeblich bevorstehende Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen nicht beteiligt, weil er persönlich der Ansicht sei, daß diese Maßnahme sich nicht werde umgehen lassen. Im weiteren Verlauf des Gesprächs äußerte Minister Seering mit Bezug auf die Einsetzung des Reichskommissars: „Warten Sie nicht mehr lange ab.“

Dr. Gottheimer verliest dann Zahlenmaterial zum Nachweis dafür, daß das Kabinett Braun sowohl nach der letzten Landtagswahl, wie auch nach einer Rücktrittserklärung, als es nur noch geschäftsführende Regierung war, eine größere Zahl von Ernennungen zu höheren Beamtenspositionen vom Regierungsrat bis zum Oberpräsidenten vollzogen habe.

Reichsgerichtspräsident Bumke meint, wenn Seering tatsächlich der Einsetzung eines Reichskommissars zugestimmt haben sollte, dann würde nicht ersichtlich sein warum die Reichsjustiz nicht, ehe sie am 20. Juli die Maßnahmen durchführte, mit Seering's Führung nahmen, da es sich ja dann nur um die Erfüllung eines Wunsches von Seering gehandelt haben würde.

Es beginnt dann die rechtliche Erörterung mit einer allgemeinen Aussprache über die Probleme, die sich aus dem Artikel 48 der Reichsverfassung in Verbindung mit der bundesstaatlichen Gliederung des Deutschen Reiches ergeben.

Staatsrat Jan erklärt, daß nach seiner Auffassung eine Reichskommissariatsregierung keine Landesregierung sei. In einem Lande könne nur eine Landesregierung existieren, nicht aber eine Reichskommissariatsregierung.

Für die badische Regierung schloß sich Ministerialdirektor Dr. Frecht im wesentlichen den Ausführungen des bayerischen Vertreters über die Eigenständigkeit der Länder an, die erhalten bleiben müsse.

Braun schreibt an den Reichsgerichtspräsidenten

Berlin, 11. Oktober. Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat, wie das Nachrichtenbüro des R. D. Z. erzählt, an den Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes, den Reichsgerichtspräsidenten Bumke folgenden Schreiben gerichtet:

„Aus Zeitungsberichten über die Verhandlung der Verfassungsstreitfrage Preußens gegen das Reich ersehe ich, daß in der Verhandlung am 10. ds. Mts. der Vertreter des Reiches, Ministerialdirektor Gottheimer, in Bezug auf meine Person die Behauptung aufgestellt hat, ich hätte auf die Gewährung der vollen Bezüge sehr großen Wert gelegt, mich bald nach der Enthebung vom Amte nach dieser Frage erkundigt und mich sehr bedrückt erklärt, als mir die Antwort wurde, daß ich meine Bezüge weiter erhalten würde. Diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. Ich habe mich niemals beim Reichskommissar oder bei der Reichsregierung wegen der Weiterzahlung meiner vollen Bezüge erkundigt oder darum ersucht. Auch habe ich niemals meine Befriedigung über die erfolgte Regelung geäußert. Im Gegenteil finde ich es höchst unbefriedigend, auf die Dauer für mich geradezu unentzählich, daß ich meine vollen Bezüge als Ministerpräsident beziehe, aber von der Reichsregierung gänzlich gehindert werde, meine Amtsgeschäfte wahrzunehmen.“

Daubmann gesteht, nicht Daubmann zu sein

Freiburg, 11. Oktober. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat der angebliche Oskar Daubmann bei seinem Verhör durch Beamte des Landespolizeiamtes Karlsruhe gestanden, nicht der wirkliche Oskar Daubmann zu sein. Er gab zu, daß seine Angaben nicht in allen Teilen auf wirklichen Erlebnissen beruhen. „Oskar Daubmann“ ist heute abend verhaftet worden.

Oskar Daubmann als Schwindler entlarvt

In der Angelegenheit des Oskar Daubmann aus Endingen scheint eine sensationelle Wendung eingetreten zu sein. Im Verlaufe der letzten Zeit haben sich mehrere Persönlichkeiten bei den behördlichen Stellen gemeldet, darunter ein ehemaliger Fremdenlegationsrat aus Essen-Ruhr, dem Oskar Daubmann am Montagabend in Endingen gegenübergestellt wurde. Im Verlaufe der weiteren Feststellungen wurde Daubmann heute vom Landespolizeiamt Karlsruhe gesucht, da sein Aufenthalt nicht bekannt war. Daubmann befand sich auf einer Vortragstour, konnte aber ermittelt und zur Vernehmung auf die Polizeidirektion Freiburg (Breisgau) gebracht werden. Ueber die Vernehmung durch die Beamten des Landespolizeiamtes Karlsruhe ist amtlich noch nichts mitgeteilt worden.

Ueber ihr Ergebnis wurde auch an amtlichen Stellen jede Auskunft verweigert. Diese Verweigerung amtlicher Stellen beruht darauf, daß das Protokoll über die heute abend erfolgte Vernehmung Daubmanns noch nicht in Karlsruhe vorliegt und die Freiburger amtlichen Stellen eine Aussage ohne Vollmacht der Karlsruher Stellen verweigern. Jedenfalls dürfte mit größter Sicherheit feststehen, daß die Vernehmung die Unrichtigkeit der Angaben Daubmanns ergeben hat. Es wird sogar ange deutet, daß Oskar Daubmann gar nicht der wirkliche Oskar Daubmann ist, sondern ein Schwindler, der es verstanden hat, viele zu täuschen. Das Gerücht, daß Daubmann in Polizeigewahrsam genommen wurde, ist gleichfalls nicht amtlich bestätigt, dürfte aber zutreffen. Jedenfalls haben die verschiedenen Gegenüberstellungen Daubmanns mit anderen Persönlichkeiten ihn außerordentlich schwer belastet. Ein besonderes Beweisargument dafür, daß Daubmann nicht Oskar Daubmann sein soll, sollen auch Schilderungen sein, die bezüglich der wirklichen Person des Daubmann gewisse Schlüsse zulassen.

Reichskanzler von Bapen in München

München, 11. Okt. Reichskanzler von Bapen traf am Dienstag früh, begleitet von Staatssekretär Vianf von der Reichskanzlei, Ministerialrat Ratz, dem Chef der Pressabteilung der Reichsregierung, Ministerialrat Pukas und dem bayerischen Reichsratsbevollmächtigten Dr. von Fegerer im Münchener Hauptbahnhof ein. Ministerpräsident Dr. Held begrüßte den Kanzler beim Verlassen des Salonwagens herzlich und stellte ihm die zum Empfang erschienenen Herren vor. Der Kanzler begab sich hierauf im Kraftwagen, begleitet vom Ministerpräsidenten, zum Haus des Ministerpräsidenten, wo er Wohnung nimmt, während die Herren seiner Begleitung sich zum Hotel Bayerischer Hof begaben.

Der Reichskanzler stattete dem Ministerpräsidenten und dem bayerischen Gesamtministerium im Ministerium des Äußeren seinen Besuch ab. Dr. Held bewillkommnete den Reichskanzler herzlich zu seinem Besuch in München und fuhr fort: „Mit dem Besuch bei der bayerischen Staatsregierung verknüpft sich das Bekenntnis des Reichskanzlers, daß man in Berlin in der Reichsregierung unter Ihrer Führung die Selbstständigkeit der Länder anerkennt und achtet. Nur so gemeint, gewinnt ein solcher offizieller Besuch des Reichskanzlers Sinn und Bedeutung. Daß wir dafür besonderen Dank wissen, namentlich in den Stürmen unserer Tage, die ja vor allem der Selbstständigkeit der Länder gegolten haben, ist eine Selbstverständlichkeit. Wir erblicken in dem Besuch des Reichskanzlers das Bestreben, die Fühlung zu übernehmen und zu halten mit den einzelnen Länderregierungen in der Zeit der großen geistigen und wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes. Es kommt darin die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß das gesamte deutsche Volk zusammenstehen muß, wenn es gilt, dieser Not Herr zu werden. Ein zersplittertes Deutschland wird sie niemals meistern können. Außenpolitisch hängt alles von unserer absoluten Einigkeit ab. Nur durch treues Zusammenarbeiten ist das große Ziel zu erreichen, Deutschland zu einem wahrhaft einigen und glücklichen Volk zu machen.“

Reichskanzler von Bapen dankte für die freundlichen Worte und erklärte sein Besuch soll mehr sein als eine formale Höflichkeit; er soll sein ein Symbol dafür, daß in der Tat gerade jetzt in den vielfach schwierigsten Stunden der Nachkriegszeit wir nur dann zu den großen gemeinsamen Zielen weiterstreiten können, wenn wir die Einigkeit zwischen dem Reich und den Ländern wieder herstellen, wie sie einstweilen gewesen ist. Sie wissen, daß es von Anbeginn meiner Regierung an mein großes Ziel gewesen ist, mit den Ländern und durch die Länder, deren außerordentliche Wichtigkeit und Bedeutung in kultureller und völkischer Beziehung ich nie übersehen und stets hoch anerkannt habe, das neue Reich zu bauen. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, den passenden Kontakt mit den Ländern zu pflegen und in offener Aussprache über die schwebenden Fragen die Meinungen auszutauschen, die auf dem schwersten Wege vor uns liegen.

Bei dem Besuch des Kanzlers im bayerischen Landtag bewillkommnete ihn der Landtagspräsident Dr. Stang mit einer Ansprache. Auf die Begrüßungsansprache erwiderte Reichskanzler von Bapen, die Herren dürften gewiß sein, daß die Belange Bayerns in Berlin immer ein offenes Ohr finden werden. Das Reich sei leider so arm wie die Länder; aber wenn es sich irgendwie ermäßlichen ließe, werde bestimmt den Ländern geholfen werden. Es werde nie vergessen werden, was die Länder — und speziell Bayern — dem Reich geleistet haben.

Reichskanzler von Bapen empfing im Außenministerium die Vertreter der Presse. In einer kurzen Ansprache erklärte der Reichskanzler, die Regierung habe vom ersten Tage an betont, daß sie bewußt auf föderalistischem Standpunkt stehe, daß die Lösung der großen Aufgaben, die ein neues Deutschland schaffen sollen, nur möglich sei, wenn man alle Kräfte zur Mitarbeit heranziehe. Der Kanzler würdigte weiter die große Aufgabe der Presse, an dem großen Ziele mitzuwirken, das Reich neu und größer auf einer Volksgemeinschaft aus dem Erlebnis des großen Völkerrings wieder aufzubauen.

Vom Ministerium des Äußeren aus begab sich der Kanzler zum Rathaus, um auch der Stadt München seinen Besuch zu machen.

Zusammenkunft Herriot-Macdonald

Paris, 11. Okt. Savas teilt mit, daß die Begegnung Macdonald-Herriot, deren Zeitpunkt noch nicht feststehend, Donnerstag am 13. Oktober in London stattfinden werde. Herriot wird Paris am Mittwoch verlassen.

Paris zu Herriots Reise

Paris, 11. Okt. Wie feststeht, verläßt Ministerpräsident Herriot am Mittwoch nachmittag in Begleitung seines Kabinettschefs Marcel Ren und eines hohen Beamten des Außenministeriums Paris. Seine Rückkehr nach Paris ist für Samstag vorgesehen, so daß ihm zwei volle Tage bleiben, um mit dem englischen Ministerpräsidenten und dem Außenminister Rücksprache zu nehmen. In der Pariser Presse begrüßt man allgemein das Jubiläum des Londoner Besuchs Herriots, aus dem man, ohne die Tragweite der gegenseitigen Unterredungen zu überschätzen, sehr zuversichtliche Schlussfolgerungen für die weitere Entwicklung der Arbeiten der Abrüstungskonferenz zieht.

Düstere englische Stimmen

London, 11. Okt. Daß Herriot, wenn er nach London kommt, nicht allein über die deutsche Gleichberechtigung verhandeln will, sondern über diese Frage höchstens innerhalb des Rahmens für die neue internationale Sicherheit, die Schaffung des internationalen Gerichts zur Bestimmung des Angreifers und die Polizeiarbeit des Völkerbundes, ist völlig klar. Dies alles aber sind Punkte, die mit der englischen Politik völlig unverträglich sind. So zeigt sich schon heute in der ganzen englischen Presse eine außerordentlich feindselige Haltung gegen über diesen Plänen des französischen Ministerpräsidenten.

Zu dem Herriot-Plan schreibt der „Daily Telegraph“, niemals könne England diesen Plan annehmen. In diesem Aufsatz das Gensler Protokoll von 1924. Die britische Politik hat sich stets entgegen gemeldet. Die Aufgabe des Rechtes über die Frage, wer der Angreifer ist, stehe außer Frage. Das wäre nicht einmal in Vocoano verprochen worden und würde niemals verprochen werden.

Der „Daily Express“ erklärt, Frankreich denke gar nicht daran, abzurufen, es wolle nur einen Waffenpark in Genf

schaffen, und jeder wisse, daß Genf mit der Stimme von Paris spreche. Auf diese Weise würde England nur in den unvermeidlichen europäischen Krieg hineingezogen werden. Das Blatt schließt mit einer scharfen Warnung an Macdonald, nicht 1932 zu versuchen, was 1924 misslungen sei.

Schließlich schreibt Garwin im „Observer“ fast drei Spalten über die Notwendigkeit der Revision der Verträge. Er ist aber außerordentlich skeptisch und befürchtet, daß ein gewaltsames kriegerisches Ende nicht mehr zu vermeiden sei. So fordert er die englische Regierung auf, auf jeden Fall dafür zu sorgen, daß England nicht in diesen Krieg mit hineingezogen wird. Er bedauert die Entwicklung in Deutschland, spricht von dem militärischen und monarchischen Geist des Regimes Schleicher-Papen und beklagt den Fall Brüning als eine europäische Katastrophe. Auch der jüdischen von einer Deutschlandreise zurückgekehrte Lord Castlerose erklärt im „Sunday Express“, daß der europäische Krieg nicht mehr zu vermeiden sei.

Neues vom Tage

Deutschnationale Reichstagskandidaten

Stuttgart, 11. Okt. Die Deutschnationale Partei hat in Württemberg ihre Reichstagswahlliste von der letzten Wahl unversändert wieder aufgestellt. Die Liste nennt an vorberster Stelle: 1. Dr. Ing. Wiber, seitheriger Reichstagsabgeordneter, Stuttgart; 2. Dr. Hölcher, Generaloberarzt a. D., Ulm; 3. Frau Hausfrau Suoh; 4. Käbele, Bäderobermeister, Stuttgart.

Neueinstellung von Arbeitern im Bereiche der Reichsbahndirektion Stuttgart

Stuttgart, 11. Okt. Im Bereich der Reichsbahndirektion Stuttgart sind im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes der Reichsregierung auf 10. Oktober insgesamt rund 2200 Arbeiter für zusätzliche Oberbauarbeiten eingestellt worden. Die Arbeitsstellen sind ziemlich gleichmäßig im ganzen Direktionsbezirk verteilt.

Stalin „läubert“

Moskau, 11. Okt. Die Tel.-Ag. der Sowjet-Union meldet: Die russische Kommunistische Partei hat 20 Mitglieder und Helfertreiber der konterrevolutionären Gruppe aus der Partei ausgeschlossen. Die Gemahrgelsten hatten verjucht, auf illegalem Wege eine Kulkorganisation zur Wiederherstellung des Kapitalismus zu schaffen. Unter den Ausgeschlossenen, von denen die meisten bereits früher wegen oppositioneller parteifeindlicher Tätigkeit einmal ausgeschlossen waren, befinden sich Sinowjew und Rannow.

Spinale Kinderlähmung in Mainz

Mainz, 11. Okt. Die hier auftauchende spinale Kinderlähmung scheint weiter um sich zu greifen. Nachdem erst vor einigen Tagen zwei Kinder an spinaler Kinderlähmung ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten, wurde am Sonntag auf Anordnung eines Arztes ein 13jähriger Schüler aus dem Stadteil Amöneburg wegen derselben Krankheit dem Krankenhaus überwiesen.

Aus Stadt und Land

Altenteig, den 12. Oktober 1932.

Amtliches. Im Bereiche des Landesfinanzamtes Stuttgart wurde ernannt zum Steuerassistent der Steuerdiätar Zimmerer bei dem Finanzamt Hirau.

Rückstattung von nicht abgefahrenen Fahrkarten. Bei der Erstattung von Beträgen für nicht abgefahrte Fahrkarten ist es von dem reisenden Publikum als eine gewisse Härte empfunden worden, daß Beträge unter 50 Pfg. nicht zurückerstattet werden. Kamentlich berührte dies eigenartig, wenn die nicht abgefahrte Strecke etwa 40 Pfg. kostete. Nun soll in dem Rückstattungsverfahren eine Verbesserung erfolgen. Wie der Gewerkschaftliche Pressedienst von der Reichsvereinigung der Reisenden und Vertreter im Gewerkschaftsbund der Angestellten erzählt, ist bei der Reichsbahn eine Aenderung der bisherigen Vorschriften bereits eingeleitet worden, so daß in einiger Zeit von allen beteiligten Dienststellen auch geringere Beträge als 50 Pfg., also bis 20 Pfg. im allgemeinen, erstattet werden sollen.

Schietingen, 10. Oktober. (Bürgermeisterwahl.) Von 182 Stimmberechtigten wurden 156 Stimmen abgegeben, darunter 5 ungültige. Es erhielten Theurer 61, Bauer und Gutefant je 45, Landwirt Theurer ist somit gewählt.

Calw, 11. Oktober. Im Textilwarengeschäft ist eine leichte Besserung zu verzeichnen. In einer Stridwarenfabrik fand eine Neueinstellung von Arbeitern statt. Die Aufträge haben zugenommen. — Infolge Einführung der Schlachtsteuer ist der Fleischpreis um fünf Pfennig für das Pfund erhöht worden. Die Regierung unternimmt an Stelle der Stadtgemeinde den Einzug der Schlachtsteuer und die volle Haftung gegenüber der Stadt. Als Gegenleistung erhält die Innung die Hälfte der vom Staat überwiesenen Verwaltungsgebühr, was etwa 700 Mark ausmachen wird. — Das in diesem Sommer angefallene und aufbereitete Bindbruchholz mit 311 Festmetern wurde zu 42 Prozent der staatlichen Forsttaxe verkauft. Der Taxpreis betrug 8276 Mark, der Erlös 3475 Mark.

Calw, 11. Oktober. (Neue Erfindung.) Christian Feuchter hat eine selbsttätige, durch Kurven gesteuerte Gewindefschneidvorrichtung für Drehbänke zum Patent angemeldet.

Glatten, 10. Oktober. (Schwerer Unfall.) Am Samstagnachmittag ereignete sich an der Straße Dietersweiler-Gratten ein bedauerlicher Unglücksfall. Ein Motorradfahrer aus Unterfilingen fuhr, vom Freudenstadt kommend, mit seinem zehnjährigen Sohn auf dem Rücksitz, beim Ueberholen eines Lastautos in den Straßengraben. Bei dem Sturz wurde der Junge vom Rad geschleudert und kam unter das Auto zu liegen, wobei ihm dessen Hinterrad über beide Oberschenkel hinwegging. Der Unfall ist deswegen besonders bedauerlich, weil der Junge vor ungefähr sechs Jahren auf dem Gutshof seines Vaters in die Nähmaschine kam, damals wurde ihm ein Fuß abgeschnitten; er trägt daher seit einigen Jahren ein Kunstbein.



Freudenstadt, 11. Oktober. (Verabreichung des Beitragsjahres der Allgemeinen Ortskrankenkasse Freudenstadt.) In der letzten Sitzung des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse Freudenstadt konnte der Beitragsjahrgang von 6 1/2 Prozent auf 6 1/2 mit Wirkung vom 1. ds. Mo. an herabgesetzt werden. Im letzten Jahr sind die Beitragseinnahmen der Kasse gegenüber dem Vorjahr aus infolge Rückgangs der Mitgliederzahl insgesamt um rund 100 000 Mark zurückgegangen, während die Ausgaben zunächst nicht in demselben Maß sich verringert haben. Im ersten Halbjahr 1932 gingen die Beitragseinnahmen gegenüber dem Vorjahr um weitere 26 000 Mark durch Kurzarbeit und Lohnsenkung zurück. Das Jahr 1931 schloß mit einem Fehlbetrag von insgesamt 16 400 Mark. Das erste Halbjahr 1932 ergab Mehreinnahmen in Höhe von nur 2500 Mark. Da jedoch die Ausgaben der Kasse wiederum hauptsächlich infolge des niedrigen Krankentages zurückgingen, konnte der Beitragsjahrgang noch vor dem Wintermonat auf 6 1/2 Prozent gesenkt werden.

Neuenbürg, 10. Oktober. In letzter Zeit üben wieder leider noch unbekannte Täter ihr Zerstörungswerk aus. Nachdem am unteren Teil des Dietrichswegs schon an drei Stellen das Sicherheitsgeländer weggerissen bzw. geknickt wurde, ist von Freitag auf Samstag ein weiterer Teil des Geländers demoliert worden, so daß insgesamt eine Strecke von ca. 30 Meter schrankenlos ist. Es ist dies eine ganz unverantwortliche Tat, zumal gerade an dieser Stelle der Hang steil abfällt. Eine tüchtige Tracht Prügel wäre für solche Helbdelaten ganz am Platze.

Birkenfeld, 10. Oktober. Der ledige Emil Weisinger von hier war in seinem Garten mit Zweifelhändchen beschäftigt. Plötzlich glitt er aus und fiel so unglücklich vom Baume, daß er bewußtlos liegen blieb. Der herbeigerufene Arzt stellte eine schwere Rückgratsverletzung fest und ließ ihn sofort ins Krankenhaus bringen.

Herrenberg, 11. Okt. (Grundsteinlegung der neuen katholischen Kirche.) Am Sonntag wurde der Grundstein für die neue Kirche der katholischen Diözesangemeinde der Stadt Herrenberg gelegt. Der Entwurf für die 200 Sitzplätze fassende Kirche stammt von den Nottensburger Architekten Schilling und Büttner.

Holtzingen, 10. Oktober. (Trotter Einbruch.) In der Nacht von Freitag auf Samstag wurde im Gasthaus zum „Hirsch“ eingebrochen. Der Dieb kletterte mit Hilfe einer am Hause aufbewahrten Leiter durch das Fenster des ersten Stockes. Durch dieses gelangte er in die Wirtschaftsräume. Die Art und Weise des Einbruchs läßt darauf schließen, daß es sich um denselben Dieb handelt, der vor kurzem im hiesigen Rathaus auf ganz ähnliche Art vorgegangen ist.

Enningen, O.A. Böblingen, 10. Oktober. (Eine blutige Feuerwehr-Probe.) Nach der Generalprobe der Feuerwehr wurde zum gemütlichen Teil übergegangen. Das Freibier genügt nicht für die dürstigen Rehen und durch Umlage wurde ein weiteres Maß Bier in Angriff genommen. Da man in den entstandenen Meinungsverschiedenheiten rasch zum Ziel kommen wollte, wurde zum Austrag vor die Wirtschaft aufgefördert. Aus dem Zweikampf entspann sich ein Mehrkampf, wodurch es schon blutige Nasen und hängende Achseln gab. Nach einer kurzen Pause wurde der Kampf in der Wirtschaft unter Zuhilfenahme einer Bierflasche fortgesetzt, die aber dem harten Kopf des Gegners nicht standhielt. Bierglas und Fensterscheiben hatten darunter schwer zu leiden. Auf dem Heimweg wurde der Kampf gegen 1 ausgerollt, wobei das Feuerwehrweibchen mithelfen mußte. Leider blieb dabei einer auf dem Kampfplatz und muß noch das Zimmer hüten.

Tübingen, 10. Oktober. (Schwerer Unfall.) Am Sonntag geriet in der Heshingerlandstraße ein auswärtiger Personkraftwagen, der wegen eines vor ihm fahrenden Radfahrers bremsen mußte, bei hoher Fahrgeschwindigkeit ins Schleudern, überschlug sich und blieb im Straßengraben liegen. Der Wagenführer, der sich allein im Wagen befand, mußte mit schweren Verletzungen in die chirurgische Klinik verbracht werden. Der Radfahrer wurde vom dem Kraftwagen noch erfasst und zu Boden geschleudert, erlitt aber nur geringfügige Verletzungen am Arm.

Neutlingen, 10. Oktober. (Zwei Kinder angefahren.) Am Samstagabend wurden in der Steinachstraße in Bebingen zwei Kinder von einem Motorradfahrer von Nottensburg angefahren. Der Motorradfahrer stürzte und erlitt leichte Verletzungen im Gesicht, während sein Beifahrer einen Schädelbruch davontrug. Beide wurden ins Bezirkskrankenhaus nach Neutlingen eingeliefert. Die beiden Kinder erlitten leichte Verletzungen.

Obernberg a. N., 11. Oktober. Ein Verkehrsunfall ereignete sich gestern über die Mittagszeit in der Bahnhofstraße, gegenüber der sog. Kaserne. Ein Arbeiter lief einer Kadefahrerin aus Listig in das Fahrrad hinein, so daß diese vom Rade stürzte und in einem graziösen Socke mortale in einen in der Nähe befindlichen vier Meter tiefen Bauhaupte hinunterstürzte. Das Mädchen kletterte selbst wieder aus dem Schacht heraus und siehe da, trotz des gefährlichen Sturzes nahm es weiter keinen Schaden.

Bessendorf, O.A. Oberndorf a. N., 11. Oktober. Einen bedauerlichen Unglücksfall erlitt gestern morgen der etwa 28 Jahre alte Holzhauer Staiger. Derselbe war noch mit einem Holzhaufen im Stadtwald Oberndorf, Abt. Lauterbach, nahe an der Listiger Markungsgrenze mit dem Abfassen von Buchen beschäftigt. Nachdem Staiger ebenfalls eine Buche beinahe abgeastet hatte, trat er auf einen dürren Ast, welcher plötzlich unter ihm abknackte und Staiger aus einer beträchtlichen Höhe vom Baum herabstürzte und zu allem Unglück auch noch in eine Mulde fiel. Staiger erlitt eine Zerschmetterung eines Knöchels, so daß er mit erheblichen Verletzungen in das städt. Krankenhaus nach Oberndorf eingeliefert werden mußte.

Schwenningen a. N., 11. Oktober. (Ein Feuerwagen verbrannt.) Am Samstagabend wurde die hiesige Weckerlinie alarmiert. In der Straße Alter Angel war ein mit Feuer beladener Wagen auf noch unaufgeklärte Weise in Brand geraten. Die kurze Zeit nach dem Alarm auf der Brandstätte erscheinene Weckerlinie löschte das Feuer rasch. Es wird Brandstiftung vermutet.

Halen, 10. Oktober. (Trichinen im Fuchsfleisch.) Dem städtischen Trichinenamt wurde am Freitag ein zum Genuß

für Menschen bestimmter Fuchs, der von einem hiesigen Jagdpächter erlegt wurde, zur Untersuchung überbracht. Nachdem in dem Fleisch Trichinen festgestellt wurden, erfolgte Beschlagnahme des Fuchsfleisches.

Stuttgart, 11. Okt. (Sturz vom Turm.) Am Montag nachmittag stürzte sich ein arbeitsloser verheirateter Mann im Alter von 50 Jahren vom Hohenbergturm. Der Mann war sofort tot.

Eine liebevolle Mutter. Ein lebendes neugeborenes Kind wurde in einem Gartenhaus der Alten Weinsteige von benachbarten Hausbewohnern aufgefunden. Von der Mutter fand man keine Spur. Auch befand sich keine Wäsche bei dem Kinde, die auf seine Herkunft schließen ließ. Das Kind wurde von der Polizei im städtischen Kinderheim untergebracht und hat die Ausjektung ohne Schaden überstanden. Die Fahndung nach der Mutter führte schon am nächsten Tag zur Verhaftung eines 28 Jahre alten Dienstmädchens, das die Tat eingestanden hat.

Baihingen a. E., 11. Okt. (Ein starkes Stüd.) Sonntag nachmittag fuhr ein Stuttgarter Herr mit seinem Personkraftwagen bei Mechanikermeister Girsch am Marktplatz vor, um eine kleine Reparatur vornehmen und einen Reifen auswechseln zu lassen. Der Autobesitzer kehrte im „Lamm“ ein. Nachdem die Arbeit erledigt war, wurde der Wagen gestohlen. Obwohl die Polizei sofort den Fernsprecher in Bewegung setzte, konnte bisher weder der Wagen noch der Dieb ermittelt werden. Es handelt sich um einen Vierziger-Opelwagen.

Neutlingen, 11. Okt. (Aus dem Fenster gefallen.) Am Sonntag stürzte am Taubenweg ein etwa 12 Jahre alter Knabe aus einem Fenster und erlitt dabei einen Armbruch und eine Gehirnerschütterung.

Bühlertann, 11. Okt. (Brand auf der Tannen- burg.) Nachmittags ist auf der hochgelegenen Tannen- burg ein Brand ausgebrochen, der den sogenannten alten Frucht- kasten, eine alte historische Scheune in Asche legte. Das Gebäude war mit Heu (zirka 2300 Zentner), Stroh und Frucht reich gefüllt. Den Bemühungen der Feuerwehr gelang es, ein weiteres Uebergreifen auf die übrigen Gebäude zu verhindern. Insbesondere wurde die Gefahr für den Giebel des eigentlichen Schlosses durch die Feuerwehr Bühlertann erfolgreich bekämpft. Brandstiftung wird vermutet.

Münzingen, 11. Okt. (Truppenübungsplatz als Schauplatz.) Wie alljährlich, so fand auch am Samstag nachmittag im Vorlager die vom Heeresoffizieramt vorgenommene Verpachtung der Schafweide des Truppenübungsplatzes statt, zu der die Schafhalter von nah und fern zahlreich erschienen waren. Die Pachtpreise gingen durchschnittlich um 30 Prozent zurück.

Wangen i. A., 11. Okt. (Omnibus umgestürzt.) Ein mit 16 Personen besetzter Omnibus aus Wangen i. A. überfuhr zwischen Lauterbach und Dornbirn einen Radfahrer, geriet dabei über den Straßengraben und kippte um. Fünf Mitfahrer wurden verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Das Unglück ereignete sich am Sonntag nacht. Von den fünf Verletzten Insassen stammen vier aus Wangen. Die Verletzten wurden im Bregenzener Spital behandelt und konnten bereits nach Wangen überführt werden.

Kempten, 11. Okt. (Schneejall.) In der Nacht auf Montag hat es stark in den Allgäuer Bergen geschneit. Das Wahrzeichen des Allgäus, der Gränten, ist bis auf 1000 Meter herab in dichten Schnee eingehüllt. Die Schneehöhe in den Bergen beträgt durchschnittlich 30 Zentimeter. Auch die höher gelegenen Orte im Wasserfall und die Höhenzüge des Tannheimerfels sind eingeschneit.

Aus Baden

Wollach, 11. Oktober. Vorgesetzten wurden drei Personen von Schönaich unter dem Verdacht, den letzten Brand in Schönaich gelegt zu haben, ins hiesige Amtsgefängnis eingeliefert.

Obermoosach, 11. Oktober. Ein Hirtenknaube von Rippoldsau, der bei einem hiesigen Landwirt beschäftigt war, wurde vergangene Woche von einem Ochsen so schwer getreten, daß ihm der Unterschenkel dreimal gebrochen wurde. Ein 16jähriger junger Mann schnitt sich beim Sensenschleifen zwei Sehnen seines Armes durch. In beiden Fällen war Krankenhausbehandlung notwendig.

Kaunmühl, 11. Oktober. (Ein gewaltiger Granitblock.) Dieser Tage wurde in einem der großen Steinbrüche der Firma Kriegerle ein rund 160 Kubikmeter großer Granitblock aus dem Bruch gesprengt. Um diesen Riesenblock aus der massiven Felsenwand zu sprengen, benötigte der Schichtmeister einen Zentner Schwarzschiefer. Der abgesprengte Felsblock hat den Kubikmeter mit 55 Zentner berechnet) das gewaltige Gewicht von 8800 Zentner.

Hausach, 11. Oktober. Wegen Erkrankung einiger Kinder an Diphtheritis mußte die Kinderschule bis auf weiteres geschlossen werden. Vor zwei Wochen fiel ein fünfjähriges Kind der heimtückischen Krankheit zum Opfer.

Neue Notverordnung in Württemberg

zur Sicherung der Haushalte der Gemeinden
Fünftägige Bürgersteuer diktiert

Auf Grund der Haushaltsnotverordnung des Reichspräsidenten hat das Württ. Staatsministerium folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1. Verpflichtung zur Erhebung der Bürgersteuer 1933 mit erhöhten Sätzen. Die Bürgersteuer 1933 wird mit 500 n. J. des Landesjahres erhoben in allen Gemeinden, die entweder a) am 30. September 1932 mehr als zehn vom Arbeitsamt anerkannte Wohljahrsarbeitslose auf 1000 Einwohner gehabt haben, oder b) im Rechnungsjahr 1932 eine Gemeindeumlage von mehr als 2 Prozent erhoben.

Artikel 2. Befreiung. Die Gemeinden können bis zum 17. Oktober 1932 bei der Aufsichtsbehörde Befreiung von der Vorchrift des Artikels 1 beantragen. Die Befreiung darf nur erteilt werden, wenn der Haushalt der Gemeinde für das Rechnungsjahr 1932 trotz der zu erwartenden Mindererträge bei den Reichsüberwälzungsteuern und bei der Bürgersteuer ausgeglichen ist, insbesondere ein erhebliches Anwachsen der Zahl der Wohljahrs-

erwerbslosen nicht zu bezeugen ist. Die Aufsichtsbehörde hat bis spätestens 21. Oktober 1932 über den Antrag zu entscheiden.

Artikel 3. Erhebungsverfahren. Sämtliche Gemeinden, die gemäß Artikel 1 die Bürgersteuer mit 500 Prozent des Landesjahres erheben, sind verpflichtet, bei der Erhebung das Lohnabzugsverfahren anzuwenden.

Zur Begründung wird ausgeführt: Die Gemeinden müssen nach den heutigen Verhältnissen mit einem Rückgang ihrer Steuereinnahmen bei der Einkommensteuer um etwa 15 Prozent, bei der Umsatzsteuer um nahezu 20 Prozent rechnen gegenüber den Zahlen, die bei der Aufstellung der Haushaltspläne für 1932 in der Regel zugrunde gelegt wurden. Auch bei der Bürgersteuer 1933 bedeutet der Wegfall des Ehefrauenaufchlages in Verbindung mit den übrigen Steuererleichterungen einen Ertragsrückgang über 25 Prozent.

Gleichzeitig hat das Reichsfinanzministerium den Ländern und den Organisationen der Gemeinden mitgeteilt, daß aus der Reichswohlfahrtshilfe ab 1. Januar 1933 nur noch die Gemeinden Zuschüsse bekommen, die die Bürgersteuer mit mindestens 500 Prozent des Landesjahres erheben. Vorstellungen bei der Reichsregierung blieben ohne Erfolg; es wurde darauf hingewiesen, daß in anderen Ländern die Bürgersteuer jetzt schon in dieser Höhe und darüber erhoben werde.

Aus dem Landtag

Kampf um die Schlachtsteuer

Stuttgart, 11. Okt. Nach einer vierteljährigen Pause trat das Plenum des Landtages zu einer kurzen Tagung zusammen, bei der der Hauptkampf um die württembergische Schlachtsteuer geht. Die Zuschauerktribünen sind bis auf den letzten Platz besetzt. Auch die Abgeordneten sind fast vollständig anwesend. Für den ausgeschiedenen deputationsnationalen Abgeordneten Dr. Dehlinger ist bereits sein Nachfolger, Rechtsrat Hirtzel-Stuttgart, eingetreten.

Präsident Mergenthaler eröffnete die Sitzung mit Begrüßungsworten an die Abgeordneten und widmete dann drei verstorbenen früheren Abgeordneten, Julius Baumann, Freiherr Friedrich von Gaisberg-Schödingen und Wilhelm Kowald, herzliche Worte des Gedenkens. Weiter teilte der Präsident mit, daß er von Reichspräsident von Hindenburg auf seinen Glückwunsch zum 85. Geburtstag ein Dankschreiben erhalten habe. Im Einlaß befindet sich die Berichterstattung des Abg. Dr. Dehlinger auf sein Landtagsmandat. Weiter sind 39 selbständige Anträge eingegangen, außerdem zwei Initiationsgesetzentwürfe und von der Regierung der erste Nachtrag zum Etat 1931/32.

Als Regierungskommissar teilt Johann Oberregierungsrat Walter die Regierungsantworten auf drei Kleine Anfragen mit.

Staatspräsident Dr. Volz erklärt sich bereit, die großen kommunisistischen Anfragen betr. 1. Länderkonferenz vom 23. Juli 1932, 2. Zusammenstöße zwischen Polizei und Arbeitern in Göttingen, 3. Verbot der Landespartaklubs, 4. Zwangsäumung von Wohnungen jederzeit zu beantworten. Die Terminbestimmung überlasse er dem Landtag.

Sobann wird in die große

Aussprache über die 5. und 6. württ. Notverordnung

eingetreten in Verbindung mit Anträgen der Nationalsozialisten und des Bauernbundes auf Aufhebung der Fleischsteuer, ferner in Verbindung mit zahlreichen anderen Anträgen.

Staatspräsident Dr. Volz: Es war nicht Absicht der Regierung, den Landtag auszuschalten oder gar zu kritisieren. Die Regierung hat nur von der Ermächtigung des Reichspräsidenten Gebrauch gemacht. Die Regierung muß auch in dieser schweren Zeit führen. Von Anfang an hat die Regierung dem Landtag volle Klarheit über die württembergische Finanzlage gegeben. Streidungen auf der Ausgabenseite des Etats reichten nicht aus. Die Regierung hatte nur zwei weitere Möglichkeiten: Schaffung neuer Einnahmen oder Senkung der Personalausgaben. Von dem bei der Finanzministerbesprechung in Berlin eingesehenen Ausweg vertragen wir uns nicht viel. Das Reichsfinanzministerium zeigt sich passiv. Wir konnten nicht mehr länger warten und mußten selbst neue Einnahmen schaffen. Die letzte Möglichkeit war die Einführung der Schlachtsteuer. Wir haben, daß wir mit dem Landtag das nicht machen konnten. In der Erkenntnis keine Zustimmung beim Landtag und beim Volk zu finden, mußte die Regierung die Schlachtsteuer selbst einführen. Die Regierung ist nur bereit, die Schlachtsteuer aufzuheben, wenn der Landtag uns bessere Vorschläge macht. Wir sind auch bereit, einige Härten zu beseitigen.

Kultminister Dr. Bogalle: Die Hinausschiebung des achten Schuljahres ist rechtlich begründet und auch zweckmäßig. Das Staatsministerium hätte sogar bestimmen können, daß das achte Schuljahr sogar in den Gemeinden, in denen es schon eingeführt ist, wieder aufzuheben. Einige Gemeinden haben auch solche Anträge gestellt. Das achte Schuljahr ist eingeführt in 262 evangelischen und 105 katholischen Schulgemeinden. Nicht eingeführt ist es in 1071 evangelischen und 703 katholischen Schulgemeinden. Die volle Einführung des achten Schuljahres würde erfordern einen einmaligen Aufwand von 2 1/2 Millionen RM. und einen jährlichen höheren Belohnungsaufwand von 900 000 RM. Die Gemeinden können höhere Schullasten nicht mehr tragen. In 300 bis 400 Gemeinden würden ganz wesentliche Kosten entstehen, in den anderen weniger. Das beste ist, jetzt bei dieser Notlage nichts Neues einzuführen. In den Zeiten, in denen wir leben, hat das achte Schuljahr nicht viel Wert. (Zuruf links: Das ist ein Kultminister.) Die Frage ist wirklich nicht so bedeutend, daß wir uns deswegen die Köpfe einrennen. Eine große Zahl von Abgeordneten ist der Regierung sehr dankbar, daß sie es so bestimmt hat.

Abg. Wölger (Soz.) erstattet dann eingehend den Bericht des Finanzsachverständigen zu den zahlreich vorliegenden Anträgen und Eingaben.

Inzwischen war von sozialdemokratischer Seite ein Initiations- Gesetzentwurf eingegangen, der sich gegen die Hinausschiebung des achten Schuljahres richtet, ferner ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der Schlachtsteuer. Das Zentrum stellte den Antrag, Haus- und Notzuschläge von der Fleischsteuer auszunehmen, einen Sonderzuschuß einzuführen, um Vorschläge für Sparmaßnahmen zu machen und Maßnahmen dagegen zu treffen, daß die Erhebung der Fleischsteuer zum Anlaß ungerechtfertigten Gewinns gemacht wird. Zwei weitere Anträge bezogen sich auf die Notlage der Gemeinden. Ein Antrag Reil (Soz.) verlangte außerdem beim Reich gegen alle Wirtschaftsmahnahmen nachdrücklich Stellung zu nehmen, die geeignet sind, die Lage der württembergischen Ausführindustrie weiter zu erschweren. Abg. Stimpfzig (RS.) begründete einen Antrag seiner Partei, den notleidenden Gemeinden Enzberg, Redarsulm,

Schramberg, Schweningen und Lauterbach verlorene Zuschüsse zu geben. Der Staat müsse sein Restvermögen anstreifen, um zu helfen, auch müssten unbedingt die Spitzgehälter gekürzt werden. Der Abg. Köhler (Kom.) begründete verschiedene kommunizistische Anträge.

Wirtschaftsminister Dr. Maier machte die erfreuliche Mitteilung, daß die Regierung infolge von Einsparungen in der Lage ist, für die Finanzierung von Landesdarlehen für verlässliche Förderung von Kantonsarbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Voraussetzung sei aber die Durchführung des Schlachtfleisgesetzes und der Kotverordnungen. Die Regierung wolle auf solche Weise ihre sozialen Verpflichtungen nachkommen. Nach dieser Erklärung des Wirtschaftsministers wurde die Weiterberatung auf Mittwoch nachmittag vertagt.

Antrag der Nationalsozialisten auf Herabsetzung der Abgeordnetenzahl

Die württembergische Landtagsfraktion der NSDAP. hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, Entwürfe zur Änderung der Verfassung und des Landtagswahlgesetzes vorzulegen, die die Zahl der Abgeordneten auf 22 ermäßigt, wovon 10 auf die Bezirksvorstehungsstellen und 12 auf die Landesparlamentarier entfallen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Kind von Jägern erschossen. Wie aus Bielefeld gemeldet wird, fiel einem tragischen Irrtum zweier Jäger in der Rosenhagener Jagd bei Lehrte ein achtjähriger Knabe zum Opfer. Die beiden Jäger, die sich auf der Fuchsjagd befanden, glaubten in einer Entfernung von etwa 150 Meter einen Fuchs zu sehen und legten darauf an. In Wirklichkeit war es das achtjährige Söhnchen eines Maurers, das eine braune Wildlederhose trug und sich spielend an dem Fuchsschloch beschäftigte. Das Kind erhielt einen Rücken- und Bauchschuß und war sofort tot.

Die NSDAP-Kundgebung im Sportpalast verboten. Die von den Nationalsozialisten angekündigte Kundgebung im Berliner Sportpalast, bei der Dr. Göbbels und der Landtagspräsident Kertl sprechen sollten, ist aus Sicherheitspolizeilichen Gründen verboten worden.

Stundfunk

Donnerstag, 13. Okt.: 6 Uhr Gymnastik, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 14.30 Uhr Spanischer Sprachunterricht, 15 Uhr Englischer Sprachunterricht, 17 Uhr Konzert, 18.15 Uhr Zeit Wetter, 18.25 Uhr Vortrag: „Leib und Seele“, 18.50 Uhr Vortrag: Die Natur im Herbst, 19.15 Uhr Zeit Wetter, Landwirtschaft, 19.30 Uhr Unterhaltungskonzert, 20.30 Uhr Liederkunde, 21 Uhr Die großen Redner, 21.30 Uhr Ehre mit Orchester, 22.20 Uhr Zeit, Nachrichten.

Wetter für Donnerstag

Da die Wirbelstörung im Westen fortbesteht, ist für Donnerstag wechselnd bewölkt und auch zu weiteren Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Druck der W. Kietzer'schen Buchdruckerei, Inh. L. Paul, Altensteig. Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Paul.

Handel und Verkehr

Getreide

Berliner Produktendörse vom 11. Okt. Weizen märk. 199 bis 201, Roggen märk. 155-157, Braugerste 175-185, Futtergerste 167-174, Daser märk. 134-139, Weizenmehl 25.25-28.50, Roggenmehl 20.20-22.70, Weizenkleie 8.40-9.70, Roggenkleie 8.40 bis 8.80, Viktoriaerbsen 22-25, Futtererbsen 14-17 RM. Tendenz: schwächer.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 11. Oktober. Zugetrrieben: 38 Ochsen, 50 Bullen, 274 Jungbullen, 179 Kühe, 407 Rinder, 1343 Kälber, 2173 Schweine, 7 Schafe. Unverkauft: 6 Ochsen, 4 Jungbullen, 9 Kühe, 46 Rinder, 13 Kälber, 150 Schweine.

Ochsen: ausgem. 30-33 (una.), vollfl. 26-28 (una.), fl. 22-24 (una.). Bullen: ausgem. 25-26 (24-25), vollfl. 23-24 (22-23), fl. 21-22.

Kühe: ausgem. 22-26 (una.), vollfl. 17-20 (una.), fl. 12 bis 15 (una.), ger. 9-11 (una.).

Rinder: ausgem. 34-37 (24-36), vollfl. 26-31 (una.) fl. 23-25 (una.).

Kälber: feinste Maß, und beste Saugl. 39-41 (38-41), mittl. 34-37 (una.), ger. 30-33 (una.).

Schweine: über 300 Pfd. 48 (una.), von 240-300 Pfd. 46 bis 48 (46-47), von 200-240 Pfd. 45-47 (45-46), von 160 bis 200 Pfd. 44-45 (una.), von 120-160 und unter 120 Pfd. 42 bis 43 (una.), Sauen 31-36 (una.) RM. Marktverlauf: Großvieh mäßig belebt, Heberland, Kälber mäßig, Schweine mäßig, Weilschweine über Notiz.

Manheimer Schlachtviehmarkt vom 11. Okt. Auftrieb: 236 Ochsen, 206 Bullen, 238 Kühe, 305 Färjen, 769 Kälber, 41 Schafe, 2893 Schweine, 95 Arbeitspferde, 35 Schlachtpferde, 6 Biegen. Preise: Ochsen a 32-34, b 26-29, c 20-29, Bullen a 25-27, b 21-23, c 19-21, Kühe a 24-26, b 20-22, c 14-17, d 10-13, Färjen a 33-35, b 28-30, c 23-27, Kälber b 41-45, c 35-39, d 31-35, e 28-32, Schafe b 22-28, Schweine a 50-51, b 49-51, c 47-48, d 45-47, e 42-44, f 40-42, g 36-41 RM. Preise pro Stück: Arbeitspferde 400-900, Schlachtpferde 40-150 RM. Ver- lauf: Großvieh mittel, lamalam geräumt; Kälber rubig; Schweine mittel, geräumt.

Hofheimer Schlachtviehmarkt vom 11. Okt. Auftrieb: 4 Ochsen, 4 Kühe, 42 Rinder, 24 Färjen, 41 Kälber, 3 Schafe, 303 Schweine. Preise: Ochsen 27-33, Färjen 22-26, Kühe 12-24, Rinder 31-36, Kälber 33-42, Schweine 46-48 RM.

Stuttgarter Großmärkte, Kartoffelmarkt auf dem Veinhardsplatz. Zulubr 200 Zentner, Preis 2.30-2.80 RM. für 1 Zentner. — Kartoffelmarkt auf dem Wilhelmplatz. Zulubr 700 Zentner, Preis 5.90-6.30 RM. für einen Zentner.

Stuttgart, 11. Okt. (Wohlstandsmarkt auf dem Nordbahnhof.) Seit 7. Oktober sind 82 Wagen neu zugeführt, und zwar aus Württemberg 1, Bayern 1, Hessen 1, Oesterreich 17, Tschechoslowakei 16, Jugoslawien 12, Italien 34. Nach auswärts sind inzwischen 32 Wagen abgegangen. Preis massenweise für 10 000 Kilo 1050-1220 RM., und zwar für Obst aus Italien 1050 bis 1100 RM., im übrigen 1150-1220 RM.; im Kleinverkauf 5.50 bis 6.40 RM. für 50 Kilo. Marktlage: lebhaft.

Wein

Die rentabilsten Weinberge auf den Markungen Eilingerberg, Neustadt, Mundelsheim, Stetten und Untertürkheim stehen sowohl bezüglich Belaubung, Wurmtreibeit, Traubendehang und Reifezeit der Trauben ausgezeichnet und lassen einen recht guten Wein erhoffen. Die Spätlese wird keinesfalls vor Ende Oktober reifen.

Kleinkottwar. Der Stand unserer Weinberge ist ein selten schöner und berechtigt zu den besten Hoffnungen. Voraussichtlicher Herbstbeginn am 17. Oktober.

Heilsheim. Am 13. Oktober beginnt die Weinlese. Die Vollkommenheit und die vorgeschrittene Reife unserer Trauben ergiebt bei der heutigen Traubenschau in Heilsheim die rückhaltlose Anerkennung und Bewunderung der Besucher.

Letzte Nachrichten

Eine Erklärung der Reichsregierung zu Gerüchten über den Kronprinzen

Berlin, 11. Oktober. Die Reichsregierung stellt zu dem im „Vorwärts“ Nr. 480 vom 11. Oktober unter der Überschrift „Antriebe des Kronprinzen“ veröffentlichten Gerüchten über eine angebliche Einigung des früheren Kronprinzen zum Reichsverweier und die daran geknüpften Kombinationen fest, daß es sich hierbei um ein reines Phantasieprodukt handelt.

Das preussische Beamtenum und der Adel

Berlin, 11. Oktober. Von gewisser Seite ist Kritik daran geübt worden, daß sich bei den letzten Ernennungen von preussischen Beamten auch eine Reihe Adliger befindet. Dazu wird in unterrichteten Kreisen betont, daß die frühere preussische Regierung adligen Beamten gegenüber immer besonders zurückhaltend gewesen sei. Die Zahl der adligen Beamten hat deshalb sehr abgenommen. Aus dieser Zurückhaltung erklärte sich ganz von selbst, daß die ersten Ernennungen, die die neue preussische Regierung vollzog, auch eine Anzahl adliger Beamten umfaßte.

Troklöse Kassenlage der Stadt Duisburg-Hamborn

Duisburg-Hamborn, 11. Oktober. Die städtische Kassenlage hat eine derartige Zuspitzung erfahren, daß die Stadtverwaltung am 10. Oktober nicht in der Lage war, die zweite Rate der Beamtengelder zur Auszahlung zu bringen. Wie verzeiwelt augenblicklich die Finanzlage der Stadt ist, zeigen die folgenden Zahlen: Die Fürsorgelasten in Duisburg-Hamborn haben im vergangenen Monat die bisher noch nicht dagewesene Höhe von 3,2 Millionen Mark erreicht. Die gesamten Steuereinnahmen erreichen augenblicklich im Monat den Betrag von einer Million Mark. Die Beamten- und Angestelltengehälter erfordern monatlich 565 000 Mark, die Ruhegehälter 115 000 Mark. Wenn man diese Zahlen mit den Fürsorgelasten vergleicht, so zeigt es sich, daß der städtische Haushalt nur noch vom Wohlfahrtsamt bestimmt wird.

Ein weiterer Toter der „Niobe“ geboren

Kiel, 11. Oktober. Von der Besatzung des Feuerlösches Fehmarnbelt wurde heute nachmittag die Leiche des bei der „Niobe“-Katastrophe umgekommenen Obermatrosen Will aus Landsberg a. W. geboren. Sie wurde durch ein Minenjuchboot nach Kiel-Wit übergeführt.

Selbstmord eines Berliner Landgerichtsrates in Sellin auf Rügen

Stettin, 11. Oktober. Der seit einiger Zeit in Sellin auf Rügen zur Erholung weilende Landgerichtsrat Kleiner aus Berlin-Wilmersdorf wurde tot aus dem Schwarzen See geborgen. Der Landgerichtsrat war von einem Spaziergang nicht zurückgekehrt, so daß man bejorgt um sein Schicksal auf die Suche ging. Es steht einwandfrei fest, daß Landgerichtsrat Kleiner, der seit längerer Zeit nervenleidend war, freiwillig in den Tod gegangen ist.

Neue Zusammenstöße in Belfast — 15 Verletzte

Belfast, 11. Oktober. Die gestern ausgebrochenen Unruhen Arbeitsloser flackerten heute nachmittag in der Stadt wieder auf. Die Menge versuchte, den Verkehr in den Straßen zu unterbinden. Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurden aus der Menge Schüsse abgegeben. Die Polizei erwiderte das Feuer. 15 Personen sind verletzt worden.

Nichelberg N.A. Calw.
Am Samstag, den 15. Oktober 1932, nachmittags 4 Uhr wird die
Beifahrer von ca. 50—60 cbm Kalksteinschotter
im öffentlichen Absteich auf dem Rathaus vergeben.
Gemeinderat.

Altensteig.
Zur Kirchweih-Bäckerei
empfehle:
Sämtliche Back-Artikel
Farin-Zucker, braun
Pfälzer und Ital. Zwiebeln
Frische Auslands-Eier
Chr. Burghard jr.

Besuchen Sie mich am Markt, denn
Korb- und Bürstenwaren
sind enorm billig.
G. Kay, Nagold, Vorstadtplatz.

Fahre morgen zum
Markt nach Nagold
Abfahrt 7/7 Uhr.
Damenbart
(Gesichtshaare) und alle lästigen Haare entfernt für immer schmerzlos ohne Messer
Marie Ladener Witwe
Stuttgart, Langestr. 22.
Am Donnerstag, den 13. Okt. in Nagold im Gasthof „Röwen“ von 9-6 Uhr abends.

Kaffee- und sonstiges Filtrierpapier empfiehlt die **Buchhandlung Lauf** Altensteig und Nagold

Der sparsame Verbraucher deckt seinen Bedarf **in der Konsumgenossenschaft!** Konsum- und Sparverein Nagold und Umgegend e. G. m. b. H.

Technik für Alle
Monatshefte für Technik u. Industrie
12 reichillustrierte Hefte und 4 kostenlose Bücher im Jahr. Bezugspreis RM 2.25 im Vierteljahr. Verlangen Sie kostenlos Probeheft vom Verlag Dieck & Co., Stuttgart
Eine Zeitschrift, die belehrt und unterhält!
Zu haben in der Buchhandlung Lauf in Altensteig und Nagold

Omnibus-Verkehr
Donnerstag, 13. Oktober
Freitag, 14. Oktober
Fahrt nach Stuttgart
Fahrpreis Mk. 4.50 für Hin- und Rückfahrt
Abfahrt 7.15 Uhr.
Anmeldungen im Gasthof „Grüner Baum“, Tel. 20.
Omnibusverkehr
Gebr. Klumpp, Badensbrunn SA. 2233.

Bilbig werden? — Durch Anzeigen werden?
Die Zeitungsanzeige ist das billigste Werbemittel, weil es das erfolgreichste ist.
Für den Bruchteil eines Pfennigs schon trägt sie dem einzelnen Leser das ausführliche Angebot ins Haus. Wozu also zweifelhafte und unnütze Experimente?
Man spart überflüssige Ausgaben durch die Zeitungsanzeige!